

Auflage 20'457 Ex.
Reichweite 59'529 Leser
Erscheint keine Angabe
Fläche 60'900 mm²
Wert 4'700 CHF

St. Galler Tagblatt Stadt, Gossau und
Rorschach
9001 St. Gallen
www.tagblatt.ch/
Marlen Hämmerli

Auch erschienen in
1. St. Galler Tagblatt



Weniger Sozialhilfebezüger trotz Corona

Die Zahlen der Sozialhilfe sind in St. Gallen trotz Coronakrise nicht in die Höhe geschneilt. Sie sanken sogar. Das könnte sich aber ändern.

Marlen Hämmerli

Die Coronakrise lässt die Zahl der Sozialhilfefälle in die Höhe schnellen und die Sozialhilfekosten explodieren. Diese Befürchtungen, die Experten ganz zu Beginn der Pandemie äusseren, haben sich nicht bewahrheitet – zumindest bisher nicht. Das zeigen Zahlen aus dem Geschäftsbericht der Stadt St. Gallen. Seit 2017 beziehen jedes Jahr rund 100 Personen weniger Sozialhilfe. Gegenüber 2019 sank 2020 die Zahl der Bezüger gar um 168 Personen auf 4903. Statt also wegen der Pandemie anzusteigen, sank die Zahl gar deutlicher als in den Vorjahren.

Der 59-jährige Hotelfachangestellte, der nach der monatelangen Schliessung keinen Job mehr findet, oder die Aushilfskellnerin, der gekündigt wurde. Warum sind diese Personen nicht wie befürchtet in der Sozialhilfe gelandet? Warum stiegen die Zahlen also nicht? Dank der schnellen Reaktion des Bundesrats.

Die Massnahmen des Bundes wirken

Die Wirtschaftslage scheint robuster als angenommen und die Coronamassnahmen des Bundes haben gegriffen. Heinz Indermaur, Leiter der Sozialen Dienste, sagt: «Das stimmt zuversichtlich.» So wurden etwa die Bezugsdauer der Arbeitslosentaggelder verlängert und die Entschädigungen für Erwerbsausfall ausgeweitet. Mehr Personen wurden durch die vorgelegten Netze aufgefangen und

landeten damit nicht in der Sozialhilfe.

Auch während der Pandemie sei es gelungen, Personen zu einer Anstellung zu verhelfen und damit wieder wirtschaftlich unabhängig zu machen, sagt Indermaur. Zudem wurde bei einigen langjährigen Klientinnen und Klienten die Sozialhilfe durch eine IV-Rente abgelöst. Dafür ging die Stadt teilweise den Rechtsweg oder meldete Personen wieder bei der IV an, weil sich deren Gesundheitszustand verschlechtert hatte. Aufgrund der Pandemie hat die Stadt St. Gallen laut Indermaur eine «Corona-Überbrückungssozialhilfe» eingerichtet.

Das Monitoring der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) zeigt, wie sich die Sozialhilfefallzahlen entwickelten. Die Romandie und die Zentralschweiz waren und sind stärker betroffen. Hingegen sanken in der ganzen Ostschweiz die Fallzahlen unter dem Strich.

Er sagt aber auch: «Wir dürfen nicht vergessen: Bei der Sozialhilfe haben sich schweizweit viele Menschen nicht gemeldet, die Anspruch darauf oder auf Nothilfe hätten.» Migrantinnen und Migranten tun dies nicht, weil sie aufenthaltsrechtliche Folgen fürchten oder ganz ohne Aufenthaltsrecht in der Schweiz leben und arbeiten. Indermaur: «Das ist eine gefährliche Entwicklung und treibt einen Keil in die Gesellschaft.» Wer für die Existenzsicherung vorübergehend finanzielle Hilfe benötigt, müsse diese erhalten. In St. Gal-

len hätten kirchliche Hilfswerke und Beratungsstellen wichtige Hilfe geleistet, aber teilweise nicht verhindern können, dass Migrantinnen und Migranten sich lieber verschulden oder auf etwa Arztbesuche verzichten, statt Sozialhilfe zu beziehen.

Jede Wirtschaftskrise wirkt sich irgendwann aus

Trotz der 2020 gesunkenen Sozialhilfefzahlen: Der Leiter der Sozialen Dienste sagt: «Für eine Entwarnung ist es noch zu früh.» Bisher haben nach jeder Wirtschaftskrise mehr Personen Sozialhilfe bezogen. Der Anstieg sei teilweise mit Verzögerung gekommen, aber immer von Dauer gewesen, sagt Indermaur.

Inwiefern sich die Coronakrise auswirkt, sei noch nicht völlig klar. «Eine zuverlässigere Prognose ist erst möglich, wenn die Massnahmen des Bundes auslaufen.» Für die weitere Entwicklung ist es zudem wichtig, wie schnell und anhaltend sich die Wirtschaft und damit der Arbeitsmarkt erholt. «Geschieht das nicht, werden früher oder später mehr Personen die Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen.»

Der Hauptgrund, warum Leute Sozialhilfe beziehen müssen, ist seit Jahren derselbe: Jobverlust. Die häufigsten Auslöser dafür sind laut Indermaur fortgeschrittenes Alter, nicht mehr zeitgemässe Berufsausbildung, mangelnde Weiterbildung oder eine physisch oder psychisch angeschlagene Gesundheit. Kurzum: Die Personen erfüllen die Anforderungen des Arbeits-



24. Juli 2021

Seite 31

Auflage 20'457 Ex.
Reichweite 59'529 Leser
Erscheint keine Angabe
Fläche 60'900 mm²
Wert 4'700 CHF

St. Galler Tagblatt Stadt, Gossau und
Rorschach
9001 St. Gallen
www.tagblatt.ch/
Marlen Hämmerli

Auch erschienen in
1. St. Galler Tagblatt

markt nicht oder nicht mehr. Für sie wird es dann auch schwierig, wieder von der Sozialhilfe wegzukommen. Wobei das den meisten Personen innert weniger Monaten gelingt. Für einige sichert die Sozialhilfe jedoch die Existenz bis ins Rentenalter.

27 Millionen Franken für die Sozialhilfe

Ziel der Sozialhilfe ist aber die Wiedererlangung der finanziellen Unabhängigkeit. In der Stadt St. Gallen wurde das Personal leicht ausgebaut und die Bemü-

hungen zur beruflichen Wiedereingliederung wurden verstärkt. Dies zeigt Wirkung: Laut Indermaur haben dadurch mehr Personen den Weg in den Arbeitsmarkt zurückgefunden.

Das zeigt sich auch in den Kosten für die Stadt. Bis 2017 stieg die Bruttobelastung an, seither ist sie um rund 2,7 Millionen Franken auf rund 55,1 Millionen Franken pro Jahr gesunken. Die Nettobelastung betrug im Jahr 2020, nach Abzug der Rückerstattungen von 28,1 Millionen Franken, rund 27 Millio-

nen Franken. Die Rückerstattungen fielen 2020 deutlich höher als 2019 aus. Der Grund ist laut Indermaur ein einmaliger Effekt im Asyl- und Flüchtlingsbereich.

Menschen, die neu Sozialhilfe benötigen, befinden sich in einer ausserordentlichen Lage. Wenn die Betroffenen dann merken, dass die Miete, Krankenkassenprämien und der Lebensunterhalt gedeckt sind, beruhigt sich die Situation. Für Indermaur steht fest: «Sozialhilfe ist eine Investition in die soziale Sicherheit.»



Personen, die physisch oder psychisch angeschlagen sind, droht eher ein Jobverlust.

Bild: Getty

«Für eine
Entwarnung
ist es noch zu
früh.»



Heinz Indermaur
Leiter der Sozialen Dienste